

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 22. April 2022

Dossier 8709, «Reporter» vom 23. März 2022 – «Russisches Geld in der Schweiz»

Sehr geehrte Herren

Mit Schreiben vom 23. März 2022 beanstanden Sie obige Sendung. Sie beanstanden, die Sendung sei in einem boulevardesken Stil produziert worden, es seien keine Klischees ausgelassen worden, um St. Moritz in eine gewisse Ecke zu drängen. Wir verzichten auf den Abdruck der per Post eingegangenen Beanstandung, da die Redaktion in ihrer Stellungnahme alle erwähnten Kritikpunkte wiedergibt und ausführlich dazu Stellung nimmt.

Die Redaktion hält fest:

Am 23. März 2022 publizierte die Sendung «Reporter» einen rund 34 Minuten langen Film mit dem Titel «Russisches Geld in der Schweiz.» Der Film griff ein aktuell relevantes Ereignis auf und stiess eine breite und wichtige nationale Debatte an: Werden die Russland-Sanktionen in der Schweiz adäquat umgesetzt? Und was lösen sie aus?

Die Recherchen der Sendung «Reporter» förderten bisher Unbekanntes zu Tage: Die Sanktionsbehörde Seco setzt auf eine allgemeine «Meldepflicht», welche kantonale Behörden entweder nicht beachten oder an den unklaren Vorgaben des Bundes scheitern.

Dokumentiert wurde dies im Film durch die Besuche beim Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler und bei Toni Hess, dem Leiter des Rechtsdienstes des Steueramtes des Kantons Graubünden.

Die Boulevard-Zeitung «Blick» fasste den Film am darauffolgenden Samstag auf der Titelseite mit folgender Schlagzeile zusammen: «Die Schweiz jagt Oligarchen nur halbherzig.» Ein Kompetenzgerangel behindere die «knallharte Umsetzung der Sanktionen» gegen die «Russen-Elite.» Fazit: «Sogar bürgerliche Partei-Chefs fordern, dass der Bundesrat jetzt Dampf macht.»

«Ganz offensichtlich muss der Bundesrat die Verordnung konkretisieren, damit Klarheit herrscht, wer was tun muss», betonte FDP-Chef Thierry Burkart. Und Mitte-Präsident Gerhard Pfister fand: «Der Bundesrat ist in der Verantwortung, alles zu tun, damit die russische Elite nicht aus der Schweiz heraus den Krieg gegen die Ukraine mitfinanzieren kann.» Wenn es dazu eine Anpassung der Verordnung brauche, solle dies unverzüglich geschehen. Wichtig sei, «dass der Bundesrat vorwärtsmacht», sagte Pfister und nahm auch das verantwortliche Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ins Visier: «Selbstverständlich» müsse dieses die Kantone genau instruieren, welche Massnahmen zu ergreifen seien. Sogar der zuständige Bundesrat Guy Parmelin reagierte: Das Departement sei daran, bestehende Prozesse zu überprüfen und nötigenfalls anzupassen.

Die Recherche der Sendung «Reporter» und die anschliessende Debatte in den Schweizer Medien löste sogar eine Reaktion der Ukraine aus. So war am Sonntag nach der Publikation auf NZZ online zu lesen: «Kiew fordert mehr Engagement der Schweiz.» Angesichts des vielen russischen Geldes, das auf Schweizer Bankkonten lagere, müsse man aktiver gegen sanktionierte Oligarchen vorgehen, kritisierte ein Sprecher der ukrainischen Regierung. «Eine Meldepflicht reicht nicht aus.»

Der Film hat also dazu beigetragen, dass die Debatte angestossen wurde, sich ernsthaft mit der Umsetzung der Verordnung auseinanderzusetzen und eine allfällige Nachbesserung respektive Präzisierung der Verordnung ins Auge zu fassen, welche für die Kantone Klarheit schafft. Zudem zeichnete der Film den konkreten Fall eines sanktionierten Oligarchen minutiös nach: Andrei Melnitschenko. Daraus ergab sich auch die Wahl der Schauplätze Zug und St. Moritz. In Zug sind die Firmen domiziliert, die er bis vor kurzem kontrollierte. Und in St. Moritz ist sein Wohnsitz.

St. Moritz, vertreten durch den Gemeindepräsidenten, den Tourismusdirektor und einen Kommunikationsverantwortlichen, reichten mit einem auf den 28. März 2022 datierten Brief Beanstandung gegen die Sendung ein. Unter anderem schreiben sie: «Die Sendung ist in einem boulevardesken Stil produziert worden.» Der Film dränge St. Moritz bewusst «in eine gewisse Ecke.» Zudem würden Informationen weggelassen, sodass das Gesamtbild «entscheidend» beeinflusst oder verzerrt werde.

Auswahl der Protagonistinnen und Protagonisten

Konkret wird etwa die Auswahl der im Film auftretenden Personen kritisiert. Wörtlich schreiben die Beanstander: «Die wichtigen Fragen im Beitrag werden von Ex-Botschaftern, Ex-Missen und weiteren Figuren aus der C-Promi-Welt beantwortet. Ferner mutet es befremdlich an, dass das TV-Team eine unbekannte ausländische Angestellte auf der Strasse mit Fragen bewirft, ohne dass diese mit Namen erwähnt wird, geschweige denn verstehen kann, um was es in diesem Beitrag geht.»

Es handelt sich um eine haltlose Unterstellung, dass die «unbekannte ausländische Angestellte» mit Fragen beworfen wurde und nicht verstehen konnte, worum es in diesem Beitrag gehe. Der Frau wurde erklärt, worum es im Film geht. Sie wurde auch nicht mit Fragen beworfen, sondern stellte sich nach einem Vorgespräch vor Ort für ein Interview zur Verfügung. Nach dem Dreh blieb die Redaktion in Kontakt mit der Frau, um zeitversetzt bei ihr nachzufragen, ob sie weiterhin hinter einer Publikation stehen könne – was sie bejahte. Zu ihrem Schutz wurde ihr Name nicht öffentlich gemacht.

Ferner ist nicht nachvollziehbar, wieso die Beschwerdeführer schreiben, «die wichtigen Fragen» würden «von Ex-Botschaftern, Ex-Missen und weiteren Figuren aus der C-Promi-Welt beantwortet.» Aus unserer Sicht werden die wichtigen Fragen beispielsweise durch den Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler und durch Toni Hess, Leiter Rechtsdienst kantonales Steueramt Graubünden, beantwortet. Oder vom Geldwäschereiexperten Mark Pieth. Oder von Robert Smith, Korrespondent Finanzmärkte bei der «Financial Times», der sich zu den Geschäftsbeziehungen der Credit Suisse zu russischen Oligarchen äussert. Seine Recherchen führten inzwischen dazu, dass ein Komitee des US-Repräsentantenhauses den CS-CEO Thomas Gottstein per Brief auffordert zu erläutern, wie die Grossbank die Russland-Sanktionen einhalte.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass das Reporter-Team mehrfach mündlich und schriftlich versucht hat, Christian Jott Jenny zu einem Auftritt vor der Kamera zu bewegen. Jenny lehnte dies bis zum Schluss ab. Er reagierte lediglich mit folgenden Sätzen, die wir integral zitiert haben: «Das Verhältnis russischer Gäste ist in unserer Gemeinde vernichtend klein - rund 2,3%. Es ist für uns deshalb kein Grund der Sorge resp. der Kommunikation. Ich bitte Sie um Verständnis.» Mit anderen Worten: Jenny hatte mehrfach die Gelegenheit, «die wichtigen Fragen» persönlich zu beantworten. Oder er hätte uns an jemanden verweisen können: Etwa an den Tourismusdirektor oder den Kommunikationsverantwortlichen, die nun mit ihm zusammen die Beschwerde formuliert haben. All dies geschah leider nicht. Es stellte sich niemand für ein Interview zur Verfügung.

St. Moritz und die Russinnen und Russen

Als Grund für sein Schweigen führte Jenny der Reporterin gegenüber einen Entscheid sämtlicher Oberengadiner Gemeinden an, derzeit auf eine Kommunikation zu verzichten. Umso erstaunlicher ist es, dass im Nachhinein klar wurde, dass Jenny kürzlich in Roger Schawinskis Sendung «Der Talk» zu Gast war, wo er u.a. ausführlich Stellung nahm zu reichen Russen in St. Moritz. Bei Timecode 15:33 konfrontiert Roger Schawinski Jenny mit einer in der Vergangenheit von Jenny gemachten Aussage: «Es ist eine alte Leier von St. Moritz als Ort der Cüplis und Russinnen in Pelzmänteln. Dieses St. Moritz gibt es auch – und das ist gut so.» Anschliessend räumt Jenny ein, das weitverbreitete Bild von Russinnen in Pelzmänteln in St. Moritz sei kein Zufall: «Das hat man sich selber ran gezüchtet durch Dr. Danuser. (...) Man hat solche Bilder halt in die Welt geschickt.»

[Der Talk: Roger Schawinski mit Christian Jott Jenny vom 20.03.2022](#)

Wieso sich St. Moritz nun so dagegen verwahrt, öffentlich mit reichen Russinnen und Russen assoziiert zu werden, ist daher nicht nachvollziehbar. Jenny selber hat bei Schawinski ja kürzlich freimütig bekannt, dass St. Moritz dieses Image selber kreiert hat. Kommt hinzu, dass gegen die allermeisten dieser Menschen gar nichts vorliegt. Sie stehen auf keiner Sanktionsliste. Wieso es also plötzlich ehrenrührig sein soll, mit ihnen in Verbindung gebracht zu werden, erschliesst sich nicht.

Fakt ist: Laut Schweiz Tourismus sind bei russischen Touristen vor allem Zürich, Genf und St. Moritz sehr beliebt. Tatsächlich bevölkern Russinnen und Russen die noble Destination im Engadin hauptsächlich an Neujahr, an den orthodoxen Weihnachten und im Februar, wenn das Pferderennen namens «White Turf» stattfindet. Deren durchschnittliche Tagesausgaben sind mit 250 CHF im Vergleich zu denjenigen der europäischen Gäste am höchsten. Wenig erstaunlich, hält doch «HotellerieSuisse» fest, die Mehrheit der russischen Reisenden in der Schweiz seien sehr vermögend und bewegten sich vorwiegend im Luxussegment. Und um diese Gäste bemühte sich der Schweizer Tourismus in der Vergangenheit. «HotellerieSuisse» etwa konzipierte eine «Gästebroschüre Russland», um das interkulturelle Verständnis zu fördern.

[«HotellerieSuisse»: Russische Gäste in der Schweiz](#)

Dass diese russischen Gäste nun ausbleiben, beschäftigt die Tourismus-Branche. Am 27. Februar 2022 fragte die «Sonntagszeitung» Martin Nydegger, den Direktor von Schweiz Tourismus: «Wie beurteilen Sie die Folgen dieses Konflikts für hiesige Tourismusregionen, die bei russischen Gästen besonders beliebt sind?» Nydegger antwortete: «Gerade Zürich und Genf sind doppelt gebeutelt. Generell fehlen dort schon die ausländischen Gäste wegen Corona. Jetzt werden auch die Touristen aus Russland ausbleiben, die vor allem diese beiden Städte besuchen. Graubünden mit St. Moritz wird das Ausbleiben der Russen eher verkraften, weil es dank der einheimischen Gäste Kompensationsmöglichkeiten gibt. Im Jahr 2019, also vor der Corona-Krise, gab es knapp 360'000 Übernachtungen von Russen in der Schweiz. Dieses Volumen ist gefährdet.»

Fazit: Reiche Russinnen und Russen werden mit St. Moritz assoziiert. Und St. Moritz wird mit reichen Russinnen und Russen assoziiert. Für den St. Moritzer Gemeindepräsidenten war das bisher kein Problem: «Dieses St. Moritz gibt es auch – und das ist gut so.» Und Jenny weiter: «Das hat man sich selber ran gezüchtet durch Dr. Danuser. (...) Man hat halt solche Bilder in die Welt geschickt.» So ist es auch nicht erstaunlich, dass unserer Reporterin mehrere St. Moritzerinnen und St. Moritzer unabhängig voneinander sagten, unter Einheimischen sei «Russenpflaster» ein stehender Begriff.

Fehlende Quellen- und Zeitangaben

Weiter kritisieren die Beschwerdeführer eine rund 40 Sekunde lange Archiv-Sequenz des Reporter-Filmes, die bei Timecode 22:48 beginnt. Diese Archiv-Sequenz sei «irreführend» und «manipulierend», es würden Informationen weggelassen, «die das Gesamtbild entscheidend beeinflussen und verzerren.»

Die Redaktion hat diese Archiv-Sequenz entsprechend der gängigen Praxis kenntlich gemacht. Diese Praxis sieht 3 Elemente vor:

- Kommentarebene
- Visuell: Schwarzblende als Ein- und Ausstieg in die Archiv-Sequenz
- Einblendung des genauen Datums oder Jahres, aus dem die Bilder stammen, wobei diese Einblender (wie beispielsweise auch Einblender, welche die Quelle der Bilder ausweisen oder «nachgestellte Szenen» deklarieren) zu Beginn der Sequenz eingeblendet und rund 5 Sekunden stehengelassen werden. Das ZDF etwa handhabt solche Einblender gleich. Beispiel: «Szene nachgestellt» wird im Film «Der Fall Nawalny» auch ca. 5 Sekunden eingeblendet (Timecode 00:48) – danach traut man den Zuschauenden zu, die weiteren Bilder der Sequenz ebenfalls als «nachgestellt» zu erkennen. <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/zdfzeit-der-fall-nawalny-102.html>

Dass es sich um unsere gängige Praxis handelt, zeigt der Reporter-Film «Krieg in der Ukraine – Hintergründe einer Eskalation» (2. März 2022), den die Reporter Christof Franzen und Simon Christen gemeinsam realisierten – und der viele Archiv-Sequenzen enthielt. [Reporter: «Krieg in der Ukraine – Hintergründe einer Eskalation» vom 02.03.2022](#)

Ebendieser Film zeigt zudem die gängige Praxis für Namenseinblender in solchen Archiv-Sequenzen. Aus diesen Einblendern muss die Funktion ersichtlich sein, welche die sprechende Person zum Zeitpunkt des Quote innehatte, damit die Zuschauenden den Inhalt der Aussage einordnen können. In diesem Film z.B. «Aleksej – Maidan-Kämpfer» (Timecode 11:31).

Die Einleitung der kritisierten Archiv-Sequenz im Reporter-Film «Russisches Geld in der Schweiz» beginnt bei Timecode 22:35. Die Reporterin sagt, die Sanktionen seien ein Thema in St. Moritz, «doch lieber nicht öffentlich.» Es folgt das erste Element, welches eine Archiv-Sequenz kenntlich macht: die Kommentarebene. «Erstaunlich, denn in der Vergangenheit war die Verbindung zu Russland nie ein Problem.» Dann die Schwarzblende. Und der Einblender mit der Jahreszahl: 2011. Dass die Partybilder, welche mit diesem Einblender gekennzeichnet sind, bei den Zuschauenden den Eindruck erwecken sollen, dass sie «soeben» entstanden seien, ist nicht nachvollziehbar.

In besagter Archiv-Sequenz kommen auch Leute zu Wort, die sich damals zu den reichen Russinnen und Russen in St. Moritz geäußert haben. Es ist den Zuschauenden zuzutrauen, diese Aussagen als Teil der 40 Sekunden langen Archiv-Sequenz zu verstehen – auch angesichts der Tatsache, dass die Archiv-Sequenz mit einer kleinen «Klammer» konzipiert wurde, bestehend aus den Partybildern, die eingangs mit «2011» gekennzeichnet sind: Die Sequenz beginnt und endet damit.

Dazwischen äusserte sich damals Ariane Ehrat beispielsweise in ihrer Funktion als Tourismuschefin. Aus Sicht der Beanstander besteht das Problem offenbar im Inhalt der Quotes. Sie schreiben: Ariane Ehrats «über fünf Jahre alte Aussage beruht auf der Vergangenheit und kann heute längst keine Gültigkeit mehr haben.» Ariane Ehrat sagt: «Russen, die hier in St. Moritz sind, sind sehr wertschöpfungsintensiv.» Abgesehen von der Tatsache, dass den Zuschauenden zuzutrauen ist, diese Aussage als in der Vergangenheit gemacht zu erkennen, erschliesst sich nicht, wieso der Inhalt der Aussage «längst keine Gültigkeit mehr haben» könne. Die durchschnittlichen Tagesausgaben russischer Gäste sind mit 250 CHF im Vergleich zu denjenigen der europäischen Gäste weiterhin am höchsten. Und laut «HotellerieSuisse» sind die Mehrheit der russischen Reisenden in der Schweiz sehr vermögend und bewegen sich vorwiegend im Luxussegment.

Das Gesamtbild wurde hier also nicht «entscheidend» beeinflusst oder verzerrt. Die Rückkehr von der Archiv-Sequenz ins Heute erfolgt wieder mit einer Schwarzblende. Nach dem Blick in die Vergangenheit möchte die Reporterin vor Ort mehr erfahren über die jetzige Situation. Sie versucht erneut, den Gemeindepräsidenten zu einem Auftritt vor der Kamera zu bewegen. Christian Jott Jenny lehnt einmal mehr ab – und verpasst damit die Chance, zu allen Fragen ausführlich Stellung nehmen zu dürfen. Er äussert sich nur schriftlich. Was er uns schreibt, wird integral wiedergegeben: «Das Verhältnis russischer Gäste ist in unserer Gemeinde vernichtend klein - rund 2,3%. Es ist für uns deshalb kein Grund der Sorge resp. der Kommunikation. Ich bitte Sie um Verständnis.» Im Kommentar wird seine Aussage anschliessend ergänzt: «Tatsächlich sind die Logiernächte russischer Gäste in St. Moritz zurückgegangen in den letzten Jahren. Gemäss Statistik des Kantons Graubünden konsumieren sie allerdings nach wie vor weit mehr als der Schweizer Durchschnittsgast.»

Auch hier bekamen die Zuschauenden die relevanten Informationen. Das Gesamtbild wurde nicht durch das Weglassen von Informationen entscheidend beeinflusst oder verzerrt.

Eine «vorgefasste Geschichte»

Den Vorwurf, der Beitrag sei «mit einer vorgefassten Geschichte» entstanden, weisen wir ebenfalls zurück. Der Film dokumentiert vielmehr die ergebnisoffene Spurensuche vor Ort und das Bemühen der Reporterin, den Gemeindepräsidenten ausführlich zu Wort kommen zu lassen. Dazu wurde Jenny mehrmals schriftlich und mündlich eingeladen.

Und ihm gegenüber wurde unterstrichen, wie wichtig es für den Film ist, dass er sich vor der Kamera äussert. Zum Bedauern der Reporterin blieb es bis zur Ausstrahlung bei Jennys schriftlichen Stellungnahme, die integral zitiert wurde – und seinem Hinweis, er würde sich melden, falls es aus seiner Sicht noch mehr zu sagen gäbe.

St. Moritz könne selbst «eingreifen»

Das offizielle St. Moritz, seine Behörden und Menschen verurteilten den Krieg in der Ukraine aufs Schärfste, schreiben die Beanstander. «Gleichwohl müssen wir uns an die gesetzlichen Vorgaben des Bundes und des Kantons halten und können nicht, wie fälschlicherweise dargestellt, aus eigenem Antrieb in irgendeiner Form «eingreifen».»

Im Film wird zweifelsfrei klar, wer die entscheidenden «Player» sind bei der Umsetzung der Sanktionen. Einerseits das Seco. Andererseits die Kantone. Gleichzeitig wird herausgearbeitet: Die Sanktionsbehörde Seco setzt auf eine allgemeine «Meldepflicht», welche kantonale Behörden entweder nicht beachten oder an den unklaren Vorgaben des Bundes scheitern. Dokumentiert wurde dies im Film durch die Besuche beim Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler und bei Toni Hess, dem Leiter des Rechtsdienstes des Steueramtes des Kantons Graubünden.

Fazit

«Es ist als irreführend und manipulierend zu bezeichnen, Informationen wegzulassen, die das Gesamtbild entscheidend beeinflussen oder verzerren», finden die Beschwerdeführer bilanzierend. Dies weisen wir insgesamt zurück. Es wurden keine Informationen weggelassen, «die das Gesamtbild entscheidend beeinflussen oder verzerren.»

Die Ombudsstelle hält abschliessend fest:

Die beanstandete Sendung fand breite Beachtung und hat im In- und Ausland auch Folgen gehabt, wie die Redaktion festhält. Vor allem das Schwarzpeter-Spiel zwischen dem Seco und den Kantonen/Gemeinden wurde bisher nirgends so deutlich ausrecherchiert und wiedergegeben wie in dieser Sendung. Die Problematik der «Laisser-faire-Politik» bei der Umsetzung der Sanktionen wurde durch in verschiedenster Hinsicht direkt betroffene bzw. involvierte Persönlichkeiten deutlich gemacht. Die Auswahl der Protagonistinnen und Protagonisten war hinsichtlich der Sanktionspraxis nicht nur nachvollziehbar, sondern auch sehr aufschlussreich. Nicht von ungefähr wurden die Aussagen des Zuger Finanzdirektors Heinz Tännler im Nachgang sehr breit diskutiert – bis heute.

Toni Hess, Leiter des Rechtsdienstes des Steueramtes des Kantons Graubünden, hat differenziert Stellung genommen. Auch dass Thomas Borer, der bekanntlich beste Beziehungen zu hochrangigen Russen pflegt und diese auch berät, als Interviewpartner beigezogen wurde, ist nachvollziehbar. Was die Recherchen betreffend die Sanktionspolitik der Schweiz betrifft, war der Dokumentarfilm hervorragend und wurde dementsprechend auch breit gelobt.

Auch das St. Moritz genau ins Auge gefasst wurde, ist einleuchtend. Oligarch Andrei Melnitschenko hat in St. Moritz seinen Wohnsitz und St. Moritz hat auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie gut und gern von den reichen Russen leben. Gemeindepräsident Christian Jott-Jenny will zwar nicht vor die Kamera treten, aber Stellung nimmt er dennoch. Einerseits durch seine e-mail, die in der Sendung zitiert wird, andererseits durch die Wiedergabe seiner Äusserungen, als die Reporterin mit ihm telefoniert. Es ist zwar nachvollziehbar, dass sich angesichts der heiklen Situation praktisch niemand von den Persönlichkeiten zu Wort melden, die im heutigen St. Moritz in Amt und Würde sind oder als Unternehmer:innen eine entscheidende Stimme hätten. Das darf dann aber auch nicht den Macher:innen von «Reporter» zum Vorwurf gemacht werden.

Die Passagen über die halbherzig umgesetzten Sanktionsmassnahmen in der beanstandeten Sendung sind ausgewogen und sachlich äusserst wertvoll. Es erstaunt denn auch nicht, dass die Sendung von Gemeindevertretern von St. Moritz beanstandet wird, die sich um das Image ihrer Gemeinde sorgen und die Sendung deshalb als «boulevardesk und kein Klischee auslassend» kritisieren.

In einem Punkt geben die Ombudsleute dieser Kritik recht: Die Passage über die feiernden Russen und Russinnen mit den darauf folgenden Interviews sind ungenügend markiert. Die Passage folgt zwar auf den Off-Text «Erstaunlich, denn in der Vergangenheit war die Verbindung zu Russland nie ein Problem...» mit Einblendung «2011» und wird damit klar deklariert als «Archivmaterial». Die Aussage von Reto Mathis im Bergrestaurant «La Marmite» ist dann allerdings mit dem Logo «SRF-Reporter» ohne Datumsangabe versehen, damit als «aktuell» gekennzeichnet und nicht als «Archivmaterial» wahrnehmbar. Ebenso sind die Aussagen von Franco Moro (Skilehrer) und Ariane Ehrat (CEO St.Moritz Tourismus AG) mit dem Logo «SRF Reporter» versehen (ohne Einblender oben rechts und damit ohne einen Hinweis auf «Archivmaterial» oder mit dem Hinweis im Text «CEO von bis» und zwar im gleichen Stil wie die aktuellen Interviews mit Borer, Tännler, Affolter etc.

Weil alle Personen im gleichen Stil angeschrieben wurden (mit Logo SRF Reporter) hätte der Unterschied «Archivmaterial» zwingend mit einem zusätzlichen Merkmal (z.B. Einblender Jahr) hergestellt werden müssen.

Korrekt wurde dies z.B. bei Ueli Maurer gemacht (13:00: Einblender «SRF Reporter - Ueli Maurer Finanzminister» und oben rechts «28.2.202»).

Auch der Hinweis insbesondere auf die gleiche Vorgehensweise des ZDF-Films «Der Fall Nawalny» zieht nicht. In der erwähnten Passage wird entweder permanent der Einblender «17.1.2021» gezeigt oder es wird «nachgestellte Szene» eingeblendet, bis dann kein Einblender mehr erfolgt und dadurch für die Zuschauenden klar wird, dass man sich wieder in der Gegenwart befindet.

Bezüglich des Vorwurfs der fehlenden Quellen- und Zeitangaben heissen die Ombudsleute die Beanstandung deshalb gut. In allen anderen Punkten weisen sie sie zurück, um noch einmal festzuhalten, dass die Sendung mit Ausnahme dieses nicht unwesentlichen Mangels ausgezeichnet war.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG.D